

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 26 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 2385 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 2837.

Sonntag, 24. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Feiernachrichten, Vereins- und Verlamtungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepalten oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Die ratlose Reichsregierung.

Simons Bittgang.

Im Namen der Deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und Willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen. Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zureichende Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief geführter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmassnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

gez. Fehrenbach. gez. Dr. Simons.

Das ist ihrer Weisheit Schluß, derselben Stinnesleute, die in London ihr Unannehmbar! „stolz“ den Ententemännern entgegenstehen. Die Heldenpose hat nicht lange vorgehalten. Uebrig bleibt: der nackte Bankrott der imperialistischen deutschen Regierungspolitik.

Genau so, wie im Oktober 1918 sich die Regierung des famosen Prinzen Max „entschloß“, die Vermittlung Wilsons anzurufen, nachdem noch im September Wilhelm wie Hindenburg präherische Reden über die „Stärke“ der deutschen Wehrmacht gehalten — genau so legen die heutigen Regierer Most-Ebert-Stinnes-Deutschlands demütig ihre Gesichte in die Hände des amerikanischen Präsidenten Harding.

Dieselbe Ursache: der Zusammenbruch der imperialistischen Politik; dieselbe Methode: der Versuch, zwischen sich und dem siegreichen Feind einen Vermittler zu schieben, der vielleicht das Geschick mildert.

Nur daß heute, nachdem der erste Versuch gezeigt hat, daß Bankrott Bankrott bleibt, der zweite schon von vornherein scheitern muß. Nur daß heute, nachdem drei Jahre lang die „Politik“ der deutschen Regierung ein ununterbrochener Verschleppungsversuch war, keine Vermittlung die der Deutschen feindliche Imperialistengruppe davon abhalten wird, ihre Druckmittel anzuwenden: sie brauchen, was sie verlangen, und sie verlangen so drohend und dringend, weil sie es müssen.

Die Stinnesregierung winkt Harding um Vermittlung an. Sie vertraut sich ihm an, sie gibt ihm von vornherein das Besprechen: tu und bestimme was du willst — wir führen aus. Erklärt sie auf sein gutes Herz? Politik wird nicht mit dem Herzen gemacht: imperialistische Politik schon gar nicht. Die Entente wird „ohne“ Herz ihre Forderungen weiter stellen. Die liberale Presse schwafelt von „sittlichen Pflichten“, die Harding übernimmt. Die sittliche Pflicht der Kapitalisten ist: Profite zu machen. Der Schritt der deutschen Regierung in der Schritt des Bankrotts, der dar... einen alternen Leid seine Pleite verschleiern will. Sie suchen andere Vermittler: der Stellvertreter Gottes auf Erden, der Papst, lehnte die Vermittlung ab; die irdischen Dinge sind allzu undankbar. Der amerikanische Präsident kann die Vermittlung übernehmen oder ablehnen — der Bankrott der deutschen Regierung ist da.

Und hier entsteht für das Proletariat die Frage: Was weiter? Zum dritten Male steht diese Frage vor dem Proletariat. Das erste mal hatte es zu antworten, als die kaiserliche Regierung davontief. Das deutsche Proletariat fand die Antwort nicht. Es legte seine Gesichte in die Hände jener Bankrottregiere, die des Prinzen Max Kontrakt übernahmen. Scheidemann und Haase legten die Politik fort, die die kaiserliche Regierung schon begonnen hatte: die Politik des Bankrotts. Das zweitemal hatte es die Frage zu beantworten, als der Bankrott in Paragraphen gebracht und befestigt wurde, beim Friedensschluß von Versailles.

Damals riefen die Kommunisten dem deutschen Proletariat eindringlich zu: die einzige Rettung für das deutsche Proletariat ist die deutsche Revolution!

Das gilt auch heute noch! Noch nie war die Frage so klar gestellt, noch nie der Bankrott der Regierer so deutlich, noch nie der Weg des Proletariats so offen.

Die Entscheidung liegt nicht bei Harding, sie liegt beim Proletariat.

Das Reichskabinett ist am Freitag abend zu einer beschleunigten Sitzung zusammenberufen worden.

Die Abjage Amerikas.

Schon in der Reichstagsitzung am Freitag konnte Reichsminister Simons die Antwort Amerikas mitteilen. Sie lautete so, wie jeder, außer der deutschen Regierung, sie vorausgesehen: Die amerikanische Regierung war nicht in der Lage, ihre Zustimmung dazu zu geben, in der Reparationsfrage derart zu vermitteln, daß sie als Schiedsrichter bei ihrer Regelung mitwirkt. Durchdrungen indessen vom Ernste der aufgeworfenen Frage und deren Bedeutung für die ganze Welt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten selbst stark an einer baldigen und richtigen Lösung dieser Frage interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen und gibt wiederholt ihrer ernstlichen Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung schnell Vorschläge formulieren möchte, die eine geeignete Verhandlungsgrundlage bieten. Sollte die deutsche Regierung diesen Weg einschlagen, so will die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, die Angelegenheit den alliierten Regierungen in einer für sie annehmbaren Weise zu unterbreiten, damit die Verhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden.

Simons fuhr dann fort: Damit ist die Vermittlung des Schiedsmannes abgelehnt, eine Vermittlung im gewöhnlichen Sinne ist aber nicht abgelehnt. Es ergibt sich daraus, daß nunmehr unmittelbar in die Erwägungen darüber eingetreten werden muß, wie gegenüber der amerikanischen Regierung die Vorschläge der deutschen Regierung zu gestalten sind; und über diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig machen müssen. Die Kabinetsitzung wird heute nachmittags stattfinden. Die Regierung wird morgen dem „Hohen Hause“ über die Gesamtheit ihrer Politik in der Reparationsfrage Rede und Antwort stehen.

Als der Minister dann betonte: Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen muß, was Deutschland für Reparationszwecke leisten kann, setzte eine starke Opposition ein und nach der Rede Simons wurde die Sitzung vertagt. Die Tage der jetzigen Reichsregierung scheinen gezählt zu sein.

Einen fein erdachten Schritt Deutschlands nennt „Daily Express“ den Appell Deutschlands an Harding. Das Blatt schreibt:

Darüber, daß Deutschland zahlen müsse, herrsche unter den Alliierten Uebereinstimmung, eine Verschiebung der Ansicht bestehe nur über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der betreffenden Massnahmen. Die französische Politik sei einfach; sie bedeute Druck durch Waffengewalt.

Auch der Vatikan kommt nicht zu Hilfe. In ihrer großen Verzweiflung hat sich die deutsche Bourgeoisie neben dem großen Bruder in Dollars auch an den heiligen Vater in Rom gewandt. Aber auch der läßt trotz Fehrenbach und Stegerwald die deutsche Bourgeoisie in der Tinte sitzen. Der Papst, der selbst sehen muß, wie er mit dem Rücken an die Wand kommt, hat erklären lassen, daß ein solcher Vermittlungsschritt leicht die Beziehungen des heiligen Stuhles zur französischen Regierung gefährden könne. Er will aber wenigstens eine Messe für die deutsche Bourgeoisie lesen lassen.

Der Aufmarsch der belgischen Truppen beginnt. Wie Ul. aus Lüttich meldet, sind am Freitag zwei Sauerzüge mit Truppen nach Deutschland abgegangen; sechs andere folgten am Sonnabend von Mecheln und Erierbeck. Dem sich Sonntag noch neun weitere Transporte anschließen werden.

Von der KPD. zur Kommunistischen Partei.

Von Ehrenfried Wagner.

Nach den schweren Kämpfen, die hinter uns liegen und aus denen unsere Partei innerlich gefestigt und gereinigt hervorgegangen ist, ist es zwingende Notwendigkeit, daß sich die einzelnen Bezirke auf das intensivste mit den Lehren und gesammelten Erfahrungen des ersten offenen Angriffs der Kommunistischen Partei auf die Zwingsburg des Kapitalismus beschäftigen.

Als sich nach dem Haller Parteitag die Genossen vom Spartakusbund mit denen vom linken Flügel der USPD. zur KPD. zusammenschlossen, zeigten die in den einzelnen Ortsgruppen einsetzenden Debatten, daß die bewirkte „Vereinigung“ nur ein lockerer Zusammenschluß war und wohl auch nur sein konnte. Die oft mit einer häßlichen Bitterkeit geführten Diskussionen ließen erkennen, daß zahlreiche mit uns zur Vereinigten Kommunistischen Partei gestosene Genossen mit dem veränderten Mitgliedsbuch noch lange nicht die USPD. Eierhälben abgelegt hatten.

Wir haben ganz besonders heute, nachdem das reinigende Gewitter endlich die reinliche Scheidung gebracht hat, keinerlei Grund, diese unappetitlichen Dinge zu verschweigen.

Die Wunden sind jetzt geheilt, nachdem die Giftfermente ausgestoßen sind. Aber wir müssen doch mit dem Finger auf diese häßlichen Vorgänge hinweisen. Und es war wahrhaftig aus unangenehmen zu beobachten, wie von einzelnen Genossen der bisherigen USPD. in der blödesten Manier gegen die Genossen vom Spartakusbund gehetzt wurde. Da wir selbst von der USPD. hergekommen sind, sind wir gefestigt gegen den Vorwurf pro domo zu sprechen. Aber gerade als von der USPD. hergekommen empfanden wir das Widerliche dieser so gefährten Auseinandersetzungen ganz besonders schmerzlich.

So wenig es sich bei diesen Diskussionen um zum Bewußtsein gekommene prinzipielle Gegensätze handelte (pochten die USPD.-Leute doch meistens auf die „Massen“, die sie mit in die „Vereinigte Partei“ gebracht hätten und rempelten in der naivsten Hausbubenmanier die Spartakusleute an, die nur gekommen seien, die USPD.-Genossen zu schulmeistern), so zeigten doch Debatten, die um den organisatorischen Aufbau der neuen Partei geführt wurden, daß bei zahlreichen USPD.-Genossen der revolutionäre Wille nicht immer die revolutionäre Einsicht ersetzen konnte.

Es sei an die gerade aus den Reihen der ehemaligen USPD.-Leute gekommenen Widerstände gegen den für die Aktion für den Kampf notwendigen Zentralismus erinnert. Hier zeigten sich mit aller Deutlichkeit die Symptome, die bei einer fruchtigen Vertung der Märzämpfe ganz besonders berücksichtigt werden müssen.

Was für hornierte und langweilige Auseinandersetzungen mußten in einzelnen Ortsgruppen geführt werden, um einzelnen Genossen begreiflich zu machen, daß die KPD. kein sozialdemokratischer Wahlverein sein darf, sondern eine revolutionäre Kampfpartei werden muß.

Und wo diese Debatten nicht geführt wurden, war das durchaus kein Beweis, daß sie nicht notwendig waren. Denn gerade dort, wo sie mit aller Rücksichtslosigkeit geführt wurden, brachten sie meistens schon vor der Märzaktion die erwünschte Klärung.

Ach, was wurden doch oft für traurige Einwände gegen einen strengen, zentralistischen Aufbau der Partei vorgebracht! Und hier war es leider die KPD., die mit den dümmsten Einwänden zur Hand ging. Alle diese traurigen Argumente liefen immer nur auf die eine Parole hinaus: die bösen Spartakusleute wollen in der KPD. eine Diktatur für sich errichten. Und diese Behauptungen traten mit einer verzweifelten Hartnäckigkeit auf, die auch durch den bescheidenen Einwurf nicht erschüttert werden konnten, daß unter den bösen Zentralisten sich auch sehr viele ehemalige USPD.-Leute befanden. So wenig erfreulich und erschreckend diese Diskussionen auch waren, aber wir vertrösteten uns alle mit der gewissen Zuversicht, daß die faktische Einigung der Partei erst die gemeinsam geführten Kämpfe bringen könnten.

Nun, die Erfahrung hat das auch bewiesen. Die Märzämpfe haben die KPD. durch die Feuerprobe gehen lassen und haben ein für allemal die Kommunisten von den Opportunisten geschieden.

Diese Reinigung war nötig, und sie konnte nicht anders gebracht werden als durch den revolutionären Kampf. Unsere Partei hat die von der USPD. übernommene Schwachen und Radikanten überwunden: Die Kommunisten haben den Sieg davon getragen.

Die Zentrale der KPD. hat durch die Märzaktion gezeigt, daß sie kämpfen will. Der unter Louis Fajrang stehende Flügel in der KPD., dessen Zentralpolitik die Partei

zu einer verbesserten Auflage der alten USPD. gemacht hätte, hat sich durch seine aktive und passive Resistenz während der Märzämpfe selbst außerhalb der kommunistischen Kampfpartei gestellt. Wenn wir auch bei einzelnen Genossen, die auf dem linken Flügel der alten USPD mitgelämpft haben, annehmen und es von Herzen wünschen möchten, daß sie von Levi Einflüssen befreit, den Weg wieder zu uns finden werden, so deutete doch schon das Verhalten mancher dieser ehemaligen USPD-Kämpfer noch innerhalb der alten USPD den Weg an, den sie mit Levi nun tatsächlich auch gegangen sind.

Hier muß ebenfalls wieder an Vorgänge nach Halle und auf dem Berliner Parteitag erinnert werden, die damals schon eine solche Entwicklung erkennen ließen. Denn gerade von dieser Seite kamen noch innerhalb der USPD die oft recht lächerlichen und naiven Versuche, einer Spaltung aus dem Wege gehen zu können und die taktischen Operationen, möglichst viel von der USPD ins Lager der KPD. hinduzuführen. Dieser Opportunismus war es, der vor jeder prinzipiell klaren und offenen Fragestellung warnte (wodurch zwar weniger Mitgliedsbücher, aber desto zuverlässigere Kommunisten in die KPD. übergegangen wären) und möglichst die Anwendung von Karosolen empfahl, um recht viel Mitglieder nach Moskau zu bringen.

Als wir in der „Hamburger Volkszeitung“ einen Artikel zur Reichskonferenz mit dem Satze schlossen: „Für die USPD gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen“ führten die Parteitaliter über diesen Willen zur reinlichen Spaltung erschreckt und verzögert auf. Hinter so etwas wurde eine Parteischädigung gewittert! Dieselben Genossen waren es dann auch mit, die nicht zugeben wollten, daß der Name der neuen Partei „Kommunistische Partei“ sein sollte, da man dadurch nach außen hin dokumentiert hätte, daß der starke linke USPD-Flügel unter das laudische Joch der paar „Spartakusmännchen“ gekrochen sei.

Aber auch lange vor Halle, in den Kämpfen des linken USPD-Flügels gegen die Crispian und Hilferding, zeigten einzelne Genossen, die heute glauben hinter Levi stehen zu müssen und sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen den Vorwurf des Opportunismus wehren, daß sie schon damals nicht ganz stubentrein waren.

Zur Illustration erinnern wir den Genossen Däumig daran, daß er auf einem Parteitag des Bezirks Wasserlante, wo es galt, unter dem rechten Flügel aufzuräumen, nicht mit aller Klarheit und Entschiedenheit den Standpunkt des linken Flügels vertreten hat, sondern, natürlich nicht aus Opportunismus, wohl aber aus dem opportunistischen Bestreben heraus, die Partei nicht zu spalten, Verlesterungsreden gehalten hat, die teilweise den zustimmenden Beifall der Leute vom rechten Flügel fanden. Von hieraus war der Weg bis Levi und Serati nicht mehr weit.

Gerade Genosse Däumig ist uns keine Ueberraschung. Wenn er heute hinter Levi steht, so nimmt er den Platz ein, der ihm zukommt. Und wenn Paul Levi aus der Partei ausgeschlossen wurde, so ist das keinesfalls zu bedauern, sondern bedauert nur, daß die KPD. die durch Levi heraufbeschworene Krise überwunden hat und sich des kräftigen Beistandes erfreut. Das Liebäugeln nach rechts hat nun ein für allemal ein Ende gefunden. Alle Unten, die unsere Partei auf dem Wege zur Sekte sehen, gleichen den Unabhängigen, die vor der Spaltung gruseln machten, weil sie nicht revolutionär sein wollten.

Diese unangenehmen Stoffe hat unsere Partei also nun endlich abgehoben. Es wäre völlig verkehrt, nach USPD-Manier mit taktischer Eleganz über diese Tatsachen hinweg zu gehen und sich als bloßer Zuschauer vor einem Ringkämpferstand solchen prinzipiellen, sachlich geführten Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen zu lassen. Damit würden wir nur aller USPD-Tradition gemäß durchs ganze Ding zusammenfassen wollen, die eben ihrer Tendenz nach gar nicht zusammenpassen. Wir dürfen es nicht machen wie der empfindliche Crispian, der bei Aufgeben der Gegenstände in der alten USPD stets nervös aufschrie und protestierte: „es gibt keinen rechten und linken Flügel“. Kommunisten haben ganz besonders die Pflicht, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Und dazu ist

es natürlich auch notwendig zu erkennen, daß es außer den nach Besinnung des Verhältnisses im Abfluß bearbeiteten opportunistischen Tendenzen auch noch andere Fremdkörper in der KPD. gibt, mit denen es gerade in Rücksicht auf die zuletzt geführten und die kommenden Kämpfe ebenfalls schnell fertig zu werden gilt.

Die außerordentliche Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, verbietet gerade hier eine eingehende Kritik, so notwendig sie auch wäre, aber die Genossen werden auch so wissen, auf welche aufgebrochene Wunde wir den Finger legen wollen.

Die Auseinandersetzungen, die der Spartakusbund in seinen Reihen gehabt hat und die zur Abwanderung eines Teiles zur KPD. führten, blieben dem linken USPD-Flügel noch vorbehalten. Gerade uns, die wir von der USPD. gekommen sind, waren die Neigungen zahlreicher Genossen in unseren Reihen zu anarchistischen und syndikalistischen Tendenzen wohl bekannt. Wir wußten auch, daß gerade das von Däumig propagierte Rätesystem sehr gefährlich nach Syndikalismus roch und zur inneren Unklarheit mancherlei beitrug.

Auch die allzu blaquistisch (balunistisch) orientierte Propagierung der Vorbereitungen zum Aufstand ließen unkommunistische Einflüsse erkennen, mit denen in Zukunft gründlich aufgeräumt werden muß. Es ist nicht von ungefähr, daß diese Spielereien, um uns supplematisch auszubringen, gerade unter den USPD-Genossen die wärmsten Freunde und ehemaligen begeltesten Verfechter fanden. Eine Neigung zu solchen KPD.-Manieren brachten manche unserer lieben USPD-Genossen in reichlichem Maße mit. Und es ist ein günstiges Zeichen, daß gerade dort, wo die Massen mit revolutionärem Bewußtsein in die Kämpfe gegangen sind, wie z. B. in Hamburg, sich solche Symptome kommunistischer Unreife nicht gezeigt haben. Dort leitete der eigene Wille zur Offensive die Kämpfe ein und nicht Methoden, mit denen die Gegenrevolution zur Offensive gezwungen werden sollte. Auch diese Konsequenzen müssen aus den Märzämpfen gezogen werden.

Denn wenn Genossen dem Eintritt der KPD. in die KPD. das Wort redeten mit der Begründung, daß dadurch die Aktionsbereitschaft unserer Partei gehoben würde, so ist das nur bedingt richtig. Dabei muß man nämlich bedenken, daß durch eine Aufnahme der KPD.-Genossen, so wie sie sind, mit allen ihren „Sünden“ in eine kommunistische Partei, gerade den von der USPD. schon mitgebrachten KPD.-Gewohnheiten nur neue Nahrung zugeführt wird. Am Opportunismus hat die ehemalige USPD. nicht allzuviel mitgebracht und das hat auch nur durch die Firma Paul Levi Gewicht bekommen. Desto mehr aber kam an föderalistischen und syndikalistischen Tendenzen hinzu.

Und hierzu sind manche USPD-Genossen zu rechnen, die heute nur aus Versehen hinter Levi zu stehen gekommen sind und die sich heute wohl mit einigem Recht gegen den Vorwurf des Opportunismus wenden.

Mag sein, daß durch Anschließ der KPD., so wie sie ist, die Kampfbereitschaft der Partei gehoben werden kann, ihre Kampfsähigkeit aber ganz gewiß nicht.

Um die Aktionsfähigkeit der Partei zu heben, ist dann schon der von der Zentrale eingeschlagene Weg des Anschlusses von Paul Levi als viel sicherer zum Ziele führend vorzuziehen.

Unsere Zentrale hat in den Märztagen bemerkt, daß sie die Kraft und den Willen hat, die kommunistische Partei in den Kampf zu führen. Sie hat auch mit dem Ausschluß Levi gezeigt, daß sie die Hindernisse, die die Entwicklung unserer Partei zur Kampfpartei aufhalten, erkennt und willens ist, sie rücksichtslos aus dem Wege zu räumen.

Und wir haben gerade deshalb das Vertrauen zu unserer jetzigen Zentrale, daß sie auch vor den oben ange-deuteten Konsequenzen nicht zurückzucken wird.

Sind auch diese Vorbedingungen erfüllt, wird der Klärungsprozeß innerhalb der KPD. rasch zum Abschluß kommen. Unsere Partei wird dann mit innerer Berechtigung die kommunistische Partei Deutschlands sein.

Politische Uebersicht.

Der neue Kurs in Preußen.

So wird das neue Kabinett Stegerwald von den Reaktionen erwartet. Die kaum halbstündige Programmrede, mit der sich der neue Ministerpräsident dem preussischen Landtag vorstellte, hat Zustimmung selbst bei den schärfsten Scharfmachern gefunden. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Stegerwald ist ja auch nicht der Minister der Linken — hoffentlich. Er sprach im Ton eines Mannes, der ein Ziel vor sich sieht; er sprach nicht immer allen zur Freude, und die Aussprache am heutigen Nachmittag wird es ihm bestätigen, aber seine beiden Fraktionen der Mitte ließen ihn nie im Stiche. Manches gefiel auch den Rechtspar-teien — die Versicherung, mit allen Mitteln gegen Aufrührer vorgehen, die Ordnung und Sicherheit im Lande unbedingt erhalten zu wollen, das Versprechen, eine großzügige innere Kolonisation einzuleiten, den landwirtschaftlichen Mittelstand zu vermehren. Stegerwald hat die Bedeutung Preußens für das Reich begriffen und bei allem, was er künftig tut oder unterläßt, wird zu fragen sein, ob er nach dieser Erkenntnis gehandelt hat.

Mehr brauchen wir auch vorläufig nicht über die neue preussische Regierung zu schreiben. Die Mitglieder des Stegerwald-Kabinetts sind die jungen Leute der Eschrich und Lubendorff.

Auch die sächsische Regierung sitzt in der Klemme.

Schon mehrmals haben die Bürgerlichen im sächsischen Landtag versucht, die rechtssozialistisch-unabhängige Regierung, die sich auf eine ganz geringe Mehrheit stützt, durch einen parlamentarischen Putsch zu stürzen. Einen solchen Versuch haben sie auch in der Donnerstag-sitzung des sächsischen Landtages gemacht, als der Etat des Finanzministeriums besprochen wurde. Es wurde eine Erklärung abgegeben, in der die Bürgerlichen es als unvereinbar mit den Interessen des Landes bezeichneten, daß die Regierung in ihrem Bestande nach wie vor lediglich von der Unterstützung der Kommunisten abhängt. Die Regierung sei eine reine Klassenregierung und deshalb würden die Bürgerlichen die Gehälter der Minister rundweg ablehnen. Die sozialistischen Parteien des Landtages führten darauf die Beschlusunfähigkeit des Hauses herbei, indem sie den Sitzungssaal verließen. Sonst wäre das Gehalt des Finanzministers abgelehnt worden.

Das Bürgertum fühlt sich jetzt in ganz Deutschland völlig oben auf, nachdem es gesehen hat, daß die Kommunisten innerhalb der Arbeiterschaft dank der Politik der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer mit ihren Bestrebungen noch nicht durchgebrochen sind. Man glaubt daher jetzt, genau wie in Preußen, die Dienste der sozialdemokratischen Lakaien völlig entbehren zu können und verfehlt ihnen Fußtritte, wo man es nur kann. Unsere Genossen, von denen das Geschick der Regierung abhängt, verlassen ebenfalls den Sitzungssaal und helfen dadurch erneut der Regierung aus der Verlegenheit. Zum Dank dafür werden sie von der „Freiheit“ auf das niederträchtigste angerempelt! Dieses ehrenwerte Organ schreibt:

„Offenbar haben die Kommunisten aber eingesehen, daß bei einem Sturz der Regierung und bei Neuwahlen nicht die beider-sozialistischen Parteien, sondern sie selbst das Nachsehen haben würden. Der Putsch in Mitteldeutschland hat auch im benachbarten Sachsen sehr vielen Arbeitern die Augen über das anarchische Treiben dieser Partei geöffnet, und sie dürfte gerade jetzt kaum hoffen, in einigermaßen beachtlicher Stärke in das Parlament zurückzukehren. Die kommunistischen Führer schimpfen zwar auf das Parlament, aber sie lieben die parlamentarischen Raritäten.“

Die kommunistische Partei und insbesondere unsere sächsischen Genossen werden sich durch die wilden An-rempelungen der Unabhängigen nicht im mindesten auf ihrem Wege beirren lassen. Sie werden die Regierung der Sozialverräter in Sachen solange und nur solange unterstützen, als sie glauben, daß deren Selbstentlarvung

Dito Hörning

(Zeitgemäße Erinnerungen)

Ein früherer Arbeitskollege Hörnings sendet uns folgende Zitate:

Im Jahre 1901 und 1902 war es. Achtzehn Jahre war ich alt, als ich auf der Wanderschaft in Kiel bei der Ruppischen Germaniaarbeit Arbeit erhielt. Der Gewerkschaft gehörte ich schon an und der Sozialdemokratischen Partei war ich zu dieser Zeit bei. Wie verlangte ich nach sozialistischen Erkenntnissen. Wenige Arbeitskollegen waren gewerkschaftlich, noch weniger politisch organisiert. Von den wenigen war es nur einer August Kochda, der sich die Mühe gab, in seiner ruhigen Weise die Fragen des jungen Deutschen zu beantworten. August Kochda zeigte mir in seiner einfachen, natürlichen Weise das Hohe und Heilige, was im Sozialismus enthalten ist. Ihn bin ich dank schuldig. Für ihn war der fröhliche junge Kollege, der irrend den neuen Verhältnissen gegenüberstand, kein Mensch, der nicht reif für die sozialistische Lehre war. Wie oft ge-niet aber mein gründer Glaube an den Sozialismus ins Wanken, wenn ich bei einem anderen Kollegen im Betrieb versuchte, mein Wissen zu bereichern. Dieser Kollege, viel-leicht 30 Jahre alt und noch ledig, fortwährend in Liebeshändel recht zweifelhafter Sorte verwickelt, konnte wohl genau die Güte der verschiedenen Schnapsorten, aber nichts von den Zielen der Sozialdemokratie. Und wenn er früh-morgens vor Beginn der Arbeit eine halbliterliche Schnaps auf „einem Zuge“ austrank, dann glaubte dieser Kollege, uns Jüngeren gegenüber das Recht auf Bewunderung seines „Königens“ zu haben. Oft, oft hatte er Streit mit den Mitarbeiterinnen. Doch immer war er der Sieger. Denn wer nicht wollte seiner Meinung sein, der wurde in der brutalsten

und rohesten Form geprügelt, bis er anerkannte, daß — der Keilenschmied Dito Hörning aus Oberschlesien der Stärkere war. Und, Dito Hörning, in dem Korkklub „Hest en bi di“, dessen Vorsitzender Du warst, da lernten die jungen Mitglieder vorzüglich, wie man viel Alkohol vertilgen kann. Aber keiner wird geglaubt haben, daß man Deine Talente besitzen muß, um später einmal eine Leuchte der Sozialdemokratischen Partei und Oberpräsident von Sachsen zu werden. Es war wohl ein Rückschlag, Otto Hörning, als Du im Deutschen Reichstag gegenüber den Kommunisten die bekannte Szene machtest? Doch alles das, was Du früher als anderer Denker selbst getan hast, das kannst Du jetzt von anderen machen lassen. Das haben die ober-schlesischen und jetzt die mitteldeutschen Arbeiter erfahren. Du brauchst nur dann, nach getaner Arbeit, ein Dankschreiben an die kaiserlichen Offiziere zu senden. Und wenn Du, Otto Hörning, wie Dein Vorbild Noke, einmal eine Proklamation „Wie ich wurde“ schreibst, dann vergiß das nicht, was ich von der Räder Zeit hier in Erinnerung bringe. Als Motto für die Proklamation gestalte ich mir ehrenbevolligt, Sr. Exzellenz Herrn Oberpräsidenten folgenden freundlichen Spruch zu empfehlen:

„Du Dummkopf bleibst ein Dummkopf nur in Feld und Wald und Hain.
Doch wenn er Nacht und G-Tag hat,
dann wird ein Schurke daraus.“

Die „Privilegien“ der Kommunisten.

„Pravda“ vom 22. März, 1919: Man spricht immer über die Privilegien der Kommunisten. Solche Privilegien existieren in der Tat, nämlich die Partei gegen sie einen energiegelassen Kampf führt und obgleich

sie unvergleichlich geringfügiger sind als jene Privilegien, die jede andere Regierung ihren Anhängern gewähren würde.

Wir fordern aber alle auf, über folgendes nachzudenken. Als unser Parteikongreß stattfand, der Kongreß der Regierungspartei, trugen sich gerade die unglückseligen Kron-träger Ereignisse zu.

Was machte der Kongreß?
Er schickte ein Drittel seiner Mitglieder als einfache rote Frontsoldaten auf die allergefährlichsten Posten.

Bis jetzt ist bekannt geworden, daß drei von ihnen getötet und 17 verwundet wurden, es ist aber möglich, daß die wirkliche Zahl der Getöteten und Verwundeten weitaus größer ist.

Wo und wann hat eine Regierungspartei so gehandelt? Wo und wann gab es in der Geschichte je etwas Ähnliches? Nirgends und niemals.

Jeder, der in Kronstadt war, weiß und kann erzählen, wie heldenhaft die Delegierten des Kongresses in Kronstadt kämpften.

Welche Partei hat je ihre besten Söhne so ins mörd-erische Feuer geschickt?

Ueber diese Tatsachen sollte jeder eheliche Arbeiter nach-denken.

Die Kommunisten starben in den ersten Reihen. Ihr Beispiel wirkte anfeuernd auf die anderen und die Revo-lution siegte.

Vergebens waren die Bemühungen Miljutows in den „Bolschewik Rososti“ und die nervöse Geschäftigkeit der Kauf-leute und Fabrikanten.

Es gelang ihnen nicht, ihren gierigen Wunsch nach Er-langung der Macht zu befriedigen, denn die Revolution siegte. Ehre den Toten! Ehre den ruhmvollen Kämpfern der Weltrevolution!

in der Regierung im Interesse der proletarischen Revolution liegt. Sie werden den Rechtssozialisten und Unabhängigen nicht den Gefallen tun, einer rein bürgerlichen Regierung in den Sattel zu verhelfen, wenn das den Bürgerlichen gefällt, und ihnen so die billige Handhabe geben, die Kommunisten bei den unaufgeklärten Arbeitern als Handlanger der Bourgeoisie hinzustellen. Sie werden die Regierung halten, solange sie selbst das für richtig halten. Dies um so weniger, als die Sozialdemokraten ihren Parteigenossen Fellisch, den Führer der „radikalen“ Chemnitzer Richtung der Sozialdemokratie, auf den Posten des Wirtschaftsministers setzen wollen. Am Wirtschaftsministerium wird Herr Fellisch Gelegenheit haben, mit seinen radikalen Phrasen rasch und gründlich abzumirtschaften. Das Wohlfühlen der Unabhängigen, die gehofft hatten, sich mit den Rechtssozialisten in die bequeme Opposition zu retten, ist uns nur ein Beweis dafür, daß unsere sächsischen Genossen richtig gehandelt haben.

Kommunistenverhaftungen in Werdau und Zwickau.

Aus Werdau wird uns gemeldet: Gestern vormittag wurden die Genossen Otto Keller-Werdau, Paul Keller-Steinpleis, Hermann Böhm-Werdau und Riedel-Steinpleis verhaftet. Paul Keller wurde in seiner Wohnung verhaftet, ohne daß ihm ein Haftbefehl vorgelegt worden wäre. Die Verhaftung von Otto Keller erfolgte auf der Arbeitsstelle, ebenfalls ohne Angabe von Gründen. Verhaftet wurden auch die Ehefrauen der Genossen Böhm und Riedel. Die Kinder wurden einfach in der Wohnung allein gelassen.

Die Verhaftungen erfolgten überall in Anwesenheit von Geheimpolizei durch die Sipos. Sämtliche Verhaftete wurden per Auto nach Zwickau gebracht.

Gerüchtwiese verlautet, daß auch in Zwickau und Umgebung zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten erfolgt seien. Es war uns leider nicht möglich, noch vor Redaktionsschluss diese Gerüchte auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen.

Ein kommunistischer Bezirkssekretär verschleppt.

Unser Lausitzer Bezirkssekretär, der Genosse König, wurde von der Polizei verhaftet und nach Torgau verschleppt. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, irgend eine Nachricht von ihm zu erhalten.

Gefängnisurteile gegen Kommunisten in Magdeburg.

In seiner letzten Sitzung verurteilte das Landgericht Bezirk Magdeburg den Genossen Lehrer Boese aus Neuhaldensleben wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Entwaffnungsgesetz zu 1 Jahr Gefängnis. Der Genosse Klapproth wurde wegen Beteiligung an einer Zusammenrottung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Hamburger Schredensurteile auch gegen SPD-Arbeiter.

In der Verhandlung am Dienstag, den 19. d. Mts., vor dem außerordentlichen Gericht waren die Werftarbeiter Koter, Grulich, Dörries, Behrend, Traugner, Holz, Breitenstein, Pätzsch, Wendler wegen Hochverrats angeklagt. Die Angeklagten sollen am 23. März 1921 die Barkassenstation der Vulkanwerft besetzt und durch ihr Verhalten Unruhe hervorgerufen und begünstigt haben. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt Freisprechung der Angeklagten Behrend, Traugner, Grulich, Dörries, Holz und Breitenstein, weil diesen keinerlei strafbare Handlungen nachgewiesen werden konnten. Das Gericht entsprach diesem Antrage, verurteilte aber den Dieter Kother wegen schweren Landfriedensbruchs, der als „Unionist“ dem Aktionsausschuß angehört haben soll, unter Einbeziehung einer erst kürzlich von dem gleichen Gericht verhängten zweijährigen Gefängnisstrafe zu insgesamt 4 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust, den K.-H. Schmidt Pätzsch, der aufreizende Reden geführt haben soll, zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und den Werftarbeiter Wendler (SPD-Mitglied) unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Monaten Gefängnis.

Sondergericht Halle.

Bei der Begründung von Anklagen und Strafanträgen ist durch die Staatsanwälte der gegenwärtig wütenden Sondergerichte schon alles Erdenkliche, vom Empörendsten bis zum Lächerlichsten, geleistet worden. Der Staatsanwalt beim Sondergericht des Landgerichtsdirektors Krüger hat sich jedoch selbst übertroffen. Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, in seinem Plaidoyer darauf hinwies, daß die Angeklagten doch ausnahmslos anständige Menschen seien und aus edlen Motiven gehandelt hätten, erwiderte der Anklagevertreter: „Ich möchte da an den Fall Sokrates erinnern. Sokrates war auch ein anständiger Mensch und wurde in der Demokratie Athen doch zum Tode verurteilt, weil sein Wirken dem Staat gefährlich war.“

Damit hat dieser Richter zugestanden, daß es auch heute nicht um die Wahrung des Rechts geht, sondern um „Staatsnotwendigkeiten“, wie das in politischen Prozessen zu allen Zeiten der Fall war. Er hat damit ferner zugestanden, was diese Hüter des durch die Bajonette gestifteten Staates gewöhnlich nicht zugeben wollen, nämlich, daß bei einer solchen Beweisführung von einem objektiven Recht keine Rede sein, sondern lediglich von einer paragrafisierten Macht gesprochen werden kann.

Die Leute, die vernichtet werden sollen, weil es Sokrates schon so ergangen ist, waren die Arbeiter Richard Brückner, Otto Faust, Wilhelm Eisenbraun und

Alfred Herrmann aus Leuna. Die beiden ersten Angeklagten sind erst 20 Jahre alt. Alle vier sind bei der Verhaftung von Leuna durch die bewaffneten Arbeiter lediglich Mitläufer und einer Arbeitskompanie zugeteilt gewesen. Er war in dieser Zugführer, hatte aber keine besonderen Aufgaben zu erfüllen. Er lachte und verpflegte die Leute nur.

Der auftretende Belastungszeuge Hermann Könnau spielte vor Gericht eine ebenso verdächtige Rolle, wie in Leuna. Er beschwor, Kranführer zu sein, während man wissen will, daß er Kriminalbeamter ist. Daß seine Beziehungen zur Polizei nicht sehr lose sind, steht jedenfalls fest.

Wenn der merkwürdige Herr Könnau auch gegen die gegenwärtig Angeklagten verhältnismäßig wenig Belastendes vorzubringen mußte, so dürfte er in späteren Prozessen gegen Teilnehmer an der Aktion in Leuna noch eine bedeutende Rolle spielen.

Gegen die erst 20 Jahre alten Angeklagten Brückner und Faust beantragte der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von je 3 Jahren, gegen Eisenbraun eine solche von 5 Jahren. Ihn will er härter bestrafen wissen, weil er Ausländer ist. Dabei ist E. rein deutscher Abstammung. Seine Großeltern wohnten noch in Darmstadt. Erst die Eltern zogen in jetzt polnisches Gebiet, wo sie die russische Staatsangehörigkeit erlangten. Der Angeklagte selbst wurde 1915 unter der deutschen Gewalt Herrschaft wie so viele andere zwangsweise von Lobz nach Mitteldeutschland gebracht. Nach dem Kriege ließ er für sauer verdientes Geld seine Frau und seine beiden Kinder nachkommen. 1919 starb ihm die Frau. Für sein Unglück, das er zum großen Teil der vom Staatsanwalt vertretenen Ordnung verdankt, will ihn dieser zwei Jahre länger ins Zuchthaus schicken. Gegen den schwer lungenkranken Herrmann beantragte der Anklagevertreter wegen Hochverrats lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Das Urteil lautete gegen Brückner und Faust auf je 10 Monate Gefängnis, gegen Eisenbraun auf 9 Monate Gefängnis. Herrmann wurde zu 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Auch in Sachsen wütet die Schnelljustiz.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Die sächsische Schnelljustiz arbeitet weiter. Diesmal wurden die Gebrüder Walter aus Peynitz und Otto Danoy aus Wunschnitz in das Gefängnis gebracht.

Dieselben hatten, wie sie angeben, nach einem Versammlungsbefehl in Wunschnitz die Telegraphendrähte zerschneiden, um das Herbeirufen polizeilicher oder militärischer Hilfe zu verhindern.

Die beiden ersteren wurden zu je 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, der letztere zu 1 Jahr 4 Monaten 15 Tagen und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Des Weiteren wurden einige bei der Herstellung von Flugblättern getroffene Personen zu 4—10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutsche Bergarbeiter als Lohndrücker.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 13. April berichtet:

Die Förderung in den belgischen Kohlenbergwerken ist von 2041 010 Tonnen im Januar auf 1778 300 Tonnen im Februar zurückgegangen. Es muß hierbei jedoch berücksichtigt werden, daß die Zahl der Arbeitstage im Februar nur 22 gegen 25 im Januar betrug. Trotz des Rückganges in der Förderung sind die Vorräte auf den Halben auf 730 500 Tonnen angewachsen. Ihren Höhepunkt erreichte die Krise im März. Sie wird daher in ihrem ganzen Umfange erst nach der Feststellung der Förderungsziffern dieses Monats zu erkennen sein. Inzwischen werden weitere Arbeitseinstellungen gemeldet. Das Kohlenbergwerk von Boudi hat am 1. April 1921 seinen Betrieb geschlossen und die Arbeiter auf andere Betriebe verteilt. Der englische Kohlenarbeiterstreik wird vermutlich nicht ohne Einwirkung auf den belgischen Kohlenmarkt sein und auf einige Zeit eine Besserung der Lage herbeiführen.

Die Bergarbeiter sehen daraus, welche Folgen die Leistung von Ueberschichten hat. Die Mehrförderung von Kohle hat weder, wie die Stinnes und ihre Knechte, die Gewerkschaftsbürokratie, den Kumpels weiß gemacht haben, dem Wiederaufbau in Frankreich, noch dem Wiederaufbau in Deutschland gedient. Sie haben vielmehr keinen anderen Zweck gehabt als den, daß die belgischen Unternehmer durch die deutschen Kohlenlieferungen eine schöne Gelegenheit haben, ihre Arbeiter auszusperrten und sie durch Aushungerung zu verschärfter Ausbeutung zu zwingen. Wenn das Ziel erreicht ist und die belgischen Unternehmer die deutsche Kohle nicht verbrauchen, werden die Stinnes das in verschärftem Maße fortsetzen, womit sie schon jetzt begonnen haben: den Bergarbeitern Lohnkürzungen aufzuzwingen.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen.

Der Papst an Kahr.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat der Papst dem Ministerpräsidenten v. Kahr sein Bild in einer Plakette von Silber geschenkt. Die Verhandlungen Bayerns mit dem Heiligen Stuhl, die auf Wunsch und mit Unterstützung der Reichsregierung geführt werden, sollen um so eifriger gefördert werden, als sie zugleich Vortrieb und Beispiel für das künftige Konkordat zwischen dem Reich und dem Vatikan sein sollen. Die Schwierigkeiten seien nicht unerheblich, die glückliche Lösung aber kaum mehr zweifelhaft.

Der Papst weiß seine allerchristlichsten Ordnungsmänner zu schätzen. Seine Liebe für Gorthy, seine Liebe für Herrn v. Kahr rührt zweifellos daher, daß diese frommen Christen die mittelalterlichen Inquisitionsmethoden mit den Errungenschaften der modernen Technik auszuüben verstehen.

Die nächsten Anwärter auf das Bild des Papstes sind zweifellos Hörsing und Ebert. Ein Schreibbrief des „Hl. Stuhles“ an den „lieben Freund Frig Ebert“ hängt ja bekanntlich bereits in Luise Eberts Hand.

Ein lichter Augenblick.

Die englische Zeitung „The Nation“ schreibt ahnungsvoll zu der bevorstehenden Besetzung des rheinischen Industriegebietes:

„Was die Franzosen planen, ist der Putz auf Frankfurt in einer neuen Auflage. Das ist der Krieg ohne Ende. Englands sei durch die Kohlenkrise beschäftigt, aber auch ohne sie habe der Kohlenkrieg in Irland und die Klassenkämpfe in Mitteleuropa eine Unersättlichkeit gegen Norditalien erzeugt, die einen mexikanischen Räuber erschüttern würden. Der Völkerverbund, der den Krieg bekämpfen sollte, und das Recht der schwächsten „nollifizierten“ Staaten ebenso schämen sollte wie der stärksten, ist zur furchtbaren Dime der Sieger geworden. Ueber Europa hängt bestehende Drohung eines latenten Krieges. Frankreich wird jetzt die deutschen sozialistischen und kommunistischen Arbeiter des Ruhrgebietes mit Bajonetten zum Tribut zwingen. Es wird die ober-schlesischen Kohlen den Deutschen rauben, und Deutschland wird zurückbleiben mit nichts als den unbedeutenden sächsischen Kohlengebieten. Mit den Erzen von Lothringen und der Ruhr- und der schlesischen Kohle soll Frankreichs Einfluß auf Europa größer werden, als er je seit den Tagen Napoleons war. Herr Stinnes und andere deutsche Großkapitalisten werden sich schon mit den Franzosen irgendwie einigen. Aber die anderen Deutschen, von den Monarchisten auf der einen Seite bis zu den Kommunisten auf der anderen, werden alles daransetzen, diesen Despotismus zu zerbrechen. Der Traum, den viele Russen und Deutschen zwei Jahre lang gehegt haben von einer russisch-deutschen Roten Armee, die am Rhein kämpft, wird Wahrheit werden.“

Die geforderten wirtschaftlichen Sanktionen.

Die hauptsächlich wirtschaftlichen Sanktionen, über die seit einer Woche beraten wird, wären nach dem „Echo de Paris“ 1. eine Taxe von 10 Goldmark auf die Tonne Kohle, 2. industrielle Ertragsteuern, 3. eine Taxe von 40 Prozent, zahlbar in ausländischer Währung auf alle Waren, die über die Grenze gefandt werden, 4. Lieferung gewisser Rohstoffe und Fabrikate, deren Wert auf die Reparationen verrechnet werden soll.

Die Alliierten wünschen neue Vorschläge. Die „Brische Zeitung“ läßt sich aus London informieren. Danach wünscht England aufrichtig, daß Deutschland noch in letzter Stunde ein annehmbares oder wenigstens diskutierbares Angebot macht. In diesem Punkte seien sich alle Alliierten einig. Denn keine der alliierten Regierungen möchte ihre Truppen wieder zu einer direkten Aktion gegen Deutschland verwenden. Aber es hängt vollkommen von Deutschland ab, ob ein neues aktives Vorgehen vermieden werden kann oder nicht.

Auch Amerika bereitet sich militärisch vor. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der amerikanische Kriegssekretär die Bildung eines Kriegsgeneralsstabes beauftragt.

Zur Begründung dieser Maßnahme gab der Kriegssekretär an, der Fall könne eintreten, daß die Vereinigten Staaten im Frieden zu einer schnellen Vorbereitung für militärische Operationen genötigt sein würden.

Ausland.

Polen.

Die polnische Presse macht für neue Kriege Stimmung.

Unser Warschauer Berichterstatter meldet uns: Im Mittelpunkt des polnischen Interesses steht die ober-schlesische und Wilnaer Frage. So bringt die „Koma Reform“, Krakau, einen sensationellen Bericht ihres Pariser Korrespondenten. In dem Bericht heißt es, daß die Ausichten Polens in der ober-schlesischen Frage wegen der deutschfreundlichen Haltung Englands und Italiens sehr schlecht sind. Auch in einem Teile der französischen Presse sei eine Schwermut zu Ungunsten Polens zu bemerken. „Populaire“, das Blatt Longuetts, sei offen in der ober-schlesischen Frage deutschorientiert. Doch auch radikale Blätter nehmen eine sehr zweideutige Stellung ein. Polen müsse der Entente in tausenden Rundgedungen den Willen des Volkes, nicht von Oberschlesien zu lassen, zeigen und mit allen Mitteln auf seinem Recht verharren, sollte es dann auch zu einem Krieg kommen.

Behalich schreibt der Pariser Korrespondent des „Kurier Poranny“. Auch wegen Wilna wird mit dem Säbel geraffelt. Die Regierung in Warschau will aus Wilna eine große Anzahl Resolutionen der Bevölkerung erhalten haben, die den unabwehrbaren Anschlußwille der Bevölkerung ausdrücken und weiterhin erklären, selbst mit den Waffen Wilna verteidigen zu wollen. Doch nicht genug mit diesen Kriegsaussichten. Die polnische Politik sieht ihre Aufgabe, darin, fortwährend neue Konflikte vorzubereiten. So berichtet die polnische Presse, daß an die Adresse der polnischen Regierung Resolutionen mit „hunderttausenden“ Unterschriften aus dem Minister Government gelangt sind, die den Willen der Bevölkerung ausdrücken, so rasch als möglich zu Polen zu kommen, von derselben Bevölkerung, die zum größten Prozentsatz aus Bauern besteht, die Fänge der polnischen Schlägler waren, während der polnischen Okkupation der unglücklichen Unterdrückung ausgesetzt waren, sich beim Rückzug der polnischen Armee mit der Waffe in der Hand empört hatten, und die heute von dem neuen System den Boden erhielten, auf dem sie Jahrhunderte lang für den Schlägleren Fronten siegen mußten.

Ans der Partei.

Der Bezirk Wasserkrante steht zur Aktion.

In Neu-Münster fand am Sonntag, den 17. d. M., der Bezirksparteitag des Bezirks Wasserkrante statt, der Stellung zu nehmen hatte zur Märzaktion. Von den anwesenden 74 Delegierten wurden gegen 4 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

Resolution:

Der Bezirksparteitag des Bezirks Wasserkrante der DKPD begrüßt den Beschluß des Zentralkomitees, festzuhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt und mutig und sicher auf diesem Weg fortzuschreiten.

Er verpflichtet sich, alle Konflikte rasch und energisch zu steigern, die geeignet sind, die Massen in Bewegung und Aktion bringen zu können, Taktaktionen aus wirtschaftlichen und politischen Ursachen mit allen zweckdienlichen Mitteln zu entfachen, sie zu verschärfen und zu verbreitern.

Der Bezirksparteitag verurteilt aufs schärfste die passive und aktive Segnerchaft einzelner Genossen während der Aktion und beauftragt die Bezirksleitung, gegen die Wiederholung solcher Fälle die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Der folgende Antrag fand einstimmige Annahme:

Der Parteitag spricht seine Entrüstung über den unerhörten Disziplinbruch Paul Levis aus und begrüßt es, daß die Zentrale unverzüglich mit dem Ausschluß Levis vorgegangen ist. Eine derartige Beschimpfung und denunziatorische Verleumdung eines Kampfes, an welchem Levi unter größter Verleumdung seiner kommunistischen Pflicht nicht teilgenommen hat, kann nicht durch das Recht auf Kritik entschuldigt werden, und stellt Levi an die Seite der unabhängigen und rechtssozialistischen Verräter an der kämpfenden Klasse, gegen die Levi bezeichnenderweise kein Wort der Kritik gefunden hat.

Auch in der Gewerkschaftsfrage nahm der Parteitag eine klare und einmütige Stellung ein. In der betreffenden Resolution kam zum Ausdruck, daß, wer in der jetzigen Situation freiwillig aus dem Gewerkschaften austritt, Verrat an der Revolution begeht.

Folgt wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Der Bezirksparteitag des Bezirks Wasserkrante der DKPD beschließt:

1. daß die Pressebeschwerdekommission, deren Bestehen dem Parteistatut widerspricht, aufgelöst und die Ortsgruppe Hamburg aufgefordert wird, ihr Statut dementsprechend zu ändern.

2. Daß die Presse des Bezirks vielmehr noch den Organisationsaufgaben der Partei der Kontrolle der Zentrale in Berlin unterliegt.

3. Die enge Fühlungnahme zwischen Redaktion und Bezirksleitung, insbesondere bei Aktionen, ist auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

Der Parteitag, der, abgesehen von einigen Zwischenfällen vor dem Schluß der Tagung, in musterhafter Ordnung verlief, hat einen eindrucksvollen Beweis dafür geliefert, daß die Partei im Bezirk Wasserkrante geschlossen und geklärt aus der Aktion hervorgeht und in voller Einmütigkeit für die revolutionäre offensive Taktik einsteht.

Aus der Provinz.

Schweres Unglück im Waldenburger Revier.

Charlottenbrunn, 22. April. In der letzten Nachtschicht ist auf dem fürstlich Pfälzischen Schulte-Schacht in Schwammer ein Kohlenstrebendbruch entstanden, bei welchem, wie bekannt, 11 Bergleute ihr Leben verloren haben. 5 Leichen sind bis jetzt geborgen.

Lokales.

Breslau, den 24. April 1921

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch.

In der Donnerstagssitzung des preussischen Landtages teilte Geheimrat Hagedorn mit, daß die Freigabe für Milch bevorstehe. Der ungeheuerliche Preis von über 3 Mk. pro Liter, den die Milch jetzt schon in den Großstädten kostet, ist also noch nicht hoch genug, dem Milchwucherer soll mehr Spielraum gelassen werden. Jetzt schon sind die kinderreichen Arbeiterfamilien nicht mehr in der Lage, die Milch zu kaufen, geschweige denn, wenn die Milchpreise noch gewaltig steigen werden. Doch was tut's. Die Hauptsache ist der Profit der Junker und Schieber! Für den Fall einer vorübergehenden (7 d. R.) Steigerung der Milchpreise soll die Einfuhr ausländischer Butter freigegeben werden. Diese wird, wie der Herr Geheimrat meinte, aber nur für die Besessenen sein, denn „wenn Margarine und Schmalz in guter Qualität zum Preise von 9—12 Mk. zu haben sind, wird die Bevölkerung den Ansturm auf die teure Butter nicht fortsetzen.“

Also Margarine und Eichorienbrühe für die Familien der Arbeiter! Milch und Butter für die Reichen!

Arbeiter! Merkt euch das!

Der Streik der Angestellten in der Metallindustrie.

Im überfüllten Saale des Gewerkschaftshauses nahmen die streikenden Angestellten den Bericht der Streikleitung entgegen. Aderhold schilderte das herausfordernde Verhalten der Unternehmer bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß, denen es hierbei nur darauf ankam, einen Grund zur Aufhebung der Sitzung zu finden. Die von der Unternehmerschaft geforderte Erklärung, daß die Angestellten die angeblichen Übergriffe der Streikposten bedauern, wurde von Aderhold tatsächlich abgegeben, wodurch er den auf ihrem Posten neu ausstehenden Angestellten, die sicherlich provoziert wurden, in den Rücken gefallen ist. Die Arbeitgeber gaben auch eine Erklärung ab, welche in ihrem Munde jedoch nur Farsache ist. Der Arbeitgebervertreter Dr. Meinede trat immer mehr noch frecher auf und erlaubte kein Zweifel an der Schtheit seiner, gegen die Streikposten gerichteten Angriffe. Als hierbei die Angestelltenvertreter nicht mehr mitmachen, war der Grund gefunden, um die Verhandlungen abzubrechen.

Auf Vorschlag des Schlichtungsausschusses, soll eine aus 2—3 Personen von jeder Partei bestehende Kommission gewählt werden, um die Vorarbeiten für einen Schiedspruch zu erledigen. Es ist die Aufgabe der streikenden Angestellten, dieser Kommission genau auf die Finger zu sehen, damit sich dieselben mit der Unternehmerschaft nicht zu weit einläßt und die Angestellten eines Tages vor vollendete Tatsachen stellt.

Der Antrag Aderhold, entsprechend zu verfahren, wird gegen eine Stimme angenommen.

Zur Lage des Streiks sagt A., daß derselbe „bedingungslos auf Hände“, da jederzeit die Arbeiterschaft bereit ist, die streikenden Angestellten zu unterstützen. Der Streik ist fast vollständig. Die Streikposten sollen sich zu keinen Taten gegenüber der provozierenden Unternehmerschaft hinreißen lassen, keine Autos mit Streichbrechern anhalten. Auch die Chauffeure, die nur allzuoft ihre Pflicht den Streikenden gegenüber vergessen, nimmt der Referent in Schutz, da sie ja auch alle organisierte Transportarbeiter seien (Widerspruch in der Versammlung). Nehmen Sie die Dinge nicht so tragisch. — Der ganze Bericht klingt in den Worten aus: Zeigt tüchtige Ruhe und Leidenschaftslosigkeit.

In der Diskussion sprach ein Redner von dem sehr vorsichtigen Herrn Aderhold und zeigte das richtige Gefühl, es wird zu lau gearbeitet. Die Streikleitung tritt bei Übergriffen der Unternehmer, Sips usw. nicht mit der entsprechenden Schärfe entgegen. Er ist, da er gewisse Vorwürfe vorbringen wollte (ein Chauffeur hat ihn überfahren wollen), aus dem Büro der Streikleitung herausgewiesen.

Die Unternehmer geben bereits zum Angriff über, indem sie den Angestellten Ründlungsschreiben zustellen. Sie wollen jedoch aufpassen, daß sich der Streik bereits rechtfertigen macht.

Die Angestelltenschaft darf in ihrem Kampf gegen den immer frecher auftretende Unternehmertum nicht erschauern. Die Sympathie aller arbeitenden ist ihnen sicher.

Geschäftliches.

Die „Reichsflischversorgung G. m. b. H., Berlin“ wehrt sich darauf hin, daß in den „redaktionellen Hinweisen“ mehrfach von den Zeitungen angeführt wird, daß die Perlinge im Kleinhandel von der „Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin“ bezogen werden können. Diese Angabe hat zu verschiedenen Mißverständnissen geführt und wird gebeten, in den redaktionellen Hinweisen gest. anzuführen, daß die Perlinge an jeden Restkanten von der „Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Französischestr. 14“ zu deren Bedingungen, welche kostenlos zu beziehen sind, abgegeben werden und daß im Interesse des schnellen Abbaus des Mindestabnahmequantum auf 25 Faß (einfache Waggonladung) festgesetzt sei.

Versammlungskalender.

Waldenburger. Montag, den 25. April, abends 6 Uhr, Kräftigung im Parteilokal. Erscheinen aller ist Pflicht.

Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Fährbrunn wichtige Funktionärsitzung. Alle in der Partei tätigen Genossen müssen unbedingt erscheinen. Genossen, die sich besonders interessieren, sind eingeladen.

Dittelsdorf. Sonntag, den 24. April, vorm. 9 Uhr, im Gasthof „Friedenshoffnung“, findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Wegen der äußerst wichtigen Mitgliederversammlung muß jeder Genosse erscheinen. Mitgliedskarte mitbringen.

Bethesda. Sonntag, den 24. April, außerordentliche Mitgliederversammlung im Pochwald. Stellungnahme zur Maifeier. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.

Genausgeber: „Sozialistischer Verlag G. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.

Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der Troubadour.
Abends 7 Uhr:
Hoffmanns
Erzählungen.
Montag 7 Uhr:
Orpheus in der
Unterwelt.

Jobst-Theater.

Sonntag 7 1/2 Uhr:
Hansl.

Thalia-Theater.

Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavin.

Schauspielhaus.

Operntheater. 21. u. 25. u.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die spanische
Nachtlige.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Dame in Rot.

Liebig-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
April-Programms.



Dauer Wäsche
Richard Schinke.

RADRENNBAHN

GRUNDFEST
BERLIN FÜR
RADRENNEN

Sonntag, den 24. April
nachm. 3 Uhr Kasacceröffnung 4 Uhr

Eröffnungs-Rennen

Großer
und kleiner Frühlingspreis

Es starten:
Müller, Köln
Salzmann, Heidelberg
Ebert, Leipzig
Jungmann, Chemnitz.

Klasse B:
Schubert, Rosenberger, Weber II, Schulmann

Ausserdem:
3 Hegerrennen im Bernisfaber
1 Fliegerrennen f. Amateurfahrer
Freitag u. Sonntag 5 Uhr Training.

Jedes Parteilmitglied,

jeder Funktionär

liest

Die Internationale.

Das schönste
Buch 3 bringt Beiträge
zu den Debatten über
die „März-Aktion“.

Kommunistische Bucherei

Breslau 5, Gröblicher Straße 45.

Billige Salzheringe

Nach Räumung alter Bestände können nunmehr durch den Kleinhandel unsere billigen Sorten zu 25 bis 40 Pf. das Stück an das Publikum abgegeben werden. Ferner sind jetzt durch uns ca 50000 Faß vorzüglicher holländischer Heringe in den Handel gebracht, welche an das Publikum zu 50 bis 70 Pf. das Stück durch den Kleinhandel abgegeben werden können.

Man verlange unsere vollwertige Ware in den einschlägigen Geschäften. Bei Abnahme von mindestens 33 Faß kann direkt von der Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. Berlin W 8 Französischestr. 14 bezogen werden.

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft
m. b. H.

Berlin.

Reichsflischversorgung

G. m. b. H. l. l.

Vollständig außer Konkurrenz!

Die schönsten Sommer-Anzüge in jeder Preislage fertig und nach Maß zu äußerst billigen Preisen kaufen Sie nur im neu eröffneten Herren-Bekleidungshaus Nikolaistraße 48 unweit Königsplatz. Besichtigen Sie meine Anzeigen und dann urteilen Sie selbst.

Hermann Partegke

Rechnungen für Gas, Wasser, Strom

Die den Verbrauchern von Gas, Wasser und Strom zugesetzten Rechnungen für das Jahr Januar/Februar 1921 sind bis spätestens 10 nach der Zuführung zu bezahlen.

Alle im Verzugs befindlichen Zahlungsschuld werden dringend ersucht, die nachstehenden Beträge mehr bis spätestens 28. April 1921 an die bei städtischen Betriebswerke zu zahlen. Anderenfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1,- durch Hausstrafe abgeholt werden. Wenn auch noch gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden die Rückzahlung einzustellen und die Häuser wegen der Städtische Betriebsdeputation.

Zeitungsmafabrikatur

verkauft

Sozialistischer Verlag.

Inserate haben in der „Schles. Arb.-Ztg.“ grössten Erfolg.

Der Kampf der Frau.

Und unsere Frauen ?

Schritt furt der Weder. Der auf die Minute eingestellte Mahner ruft zum Beginn des eintönigen Werkes in der alltäglichen Treitmühle. Halb erschrocken, mit schweren Lidern, erhebt sich die proletarische Frau vom Lager. Mit einem traurigen Seufzer blickt sie auf die unruhig werdenden Kinder. Vor ihren Augen erhebt sich das ideale Bild, das sie sich als Mädchen von einem glücklichen Familienleben vorgestellt hatte.

Und nun die traurige Wirklichkeit. Der Lohn des Mannes war gering. Die junge Frau mußte, ihrem erlernten Berufe nachgehend, mitverdienen. Die Mutterpflicht macht das auf längere Zeit unmöglich. Die Einnahmen werden kleiner, kleiner in einer Zeit, mo die Sorge um die Gesundheit des jungen Erdenbürgers und diejenige der Mutter ein Schöpfen aus dem Vollen notwendig machten.

Es bleibt nicht bei dem ersten, das zweite und das dritte Kind folgt nach, denn die bürgerliche Moral, die man der Frau zu Hause und in der Kirche eingepfist hat, betrachtet es ja als ein Verbrechen, die Kinderzahl zu beschränken.

Nach Hunderttausenden zählen diese Frauen, welche neben ihrer Arbeit zu Hause noch mitverdienen müssen, und auch der kommenden Generation, die heute noch jugendstolz und unbekümmert das Leben genießenden Mädchen wartet kein anderes Los, wenn es dem Proletariat nicht gelingt, diesen traurigen und die Arbeiterklasse körperlich und geistig degenerierenden Zustand zu beseitigen.

Nun die Arbeit der Frauen in den Fabriken. Auch hier die geringe Wertung ihrer Persönlichkeit. Frauenarbeit, „nur“ Frauenarbeit, sagt der gewinnfressende Kapitalist. Diese Arbeit hat nicht den gleichen Wert, wird nicht bezahlt wie diejenige des Mannes, erklärt der geschäftstüchtige Unternehmer. Warum? Mit welchem Recht? Ist denn die Arbeit der Frau für die Gesellschaft nicht ebenso notwendig wie diejenige des Mannes?

Ja, antwortet der Bourgeois und ja plappern auch noch unsere Männer nach. Und resigniert antworten auch noch ebenso viele Frauen: Ja, es war ja immer so und wird wohl immer so bleiben. Nur in seltenen Augenblicken erhebt sich ihr Bewußtsein über das Niveau dieser doppelten Sklaverei. Mehr gefühls- als verstandesmäßig bricht sich die doch nicht vollständig abgetotete Persönlichkeit freie Bahn. Gefühlsmäßig beginnt sie zu begreifen, daß es doch anders sein könnte, daß es nicht ein gottgewollter Zustand sein kann, wie man ihr zu Hause, in der Schule und in der Kirche gepredigt hat. Sie beginnt zu verstehen: Nicht ein Naturgesetz ist es, daß die Frauen unter der übergroßen Last früh verwelken müssen. Und der harte Kampf ums Leben hat in ihre Adern auch schon einige Tropfen Rebellenblut hineingekräuselt. Aber sie ist noch unklar. Woher hätte die Frau bei der hastenden Geschäftigkeit und den ihr anezogenen Vorurteilen auch die Erkenntnis holen sollen? Und so wie

sie ist, naiv und unbeholfen in politischen und wirtschaftlichen Fragen, wendet die Frau sich an ihren Mann, von ihm Aufschluß und Belehrung erwartend. Sie wäre gewillt, mit Altem zu brechen, sie wäre gewillt, in den Kampf einzugreifen, von dem dann und wann der Mann flüchtig ein Wort hingeworfen hat. Aber sie ist noch nicht sicher, sie möchte tiefer eindringen, bevor sie sich in das Kampfgelümmel hineinbegibt.

Und was antwortet dann der Mann auf die Fragen seiner Frau, die im Begriffe ist, sich als Kampfgenossin an seine Seite zu stellen? Nur allzu oft lacht er über die sich in der Fragestellung zeigende Unkenntnis. Vergerlich werdend, macht er ihr Vorwürfe, wenn sie nicht sofort alles verstehen kann, wenn sie noch Einwendungen macht. Das verstehtst du nicht, ist eine stereotype Rede des Mannes.

Und das sind noch die weniger krassen Fälle von ganz unberechtigter Ueberhebung der Männer. Die Frauen, einmal aus der lethargie herausgerissen, möchten ebenfalls an den Veranstaltungen der Organisationen teilnehmen, sei es, um einen literarischen Bildungsabend zu besuchen, sei es, um einen bekannten Redner sprechen zu hören. Da kommt dann nur allzu oft der kleinbürgerliche, egoistische, rückständige Mann zum Vorschein und drängt den Genossen, den Sozialist oder Kommunist vollständig in den Hintergrund. Die häusliche Bequemlichkeit des Mannes könnte etwas leiden, wenn die Frau abends öfter an solchen Veranstaltungen teilnimmt. Der kleinliche Hausvater ruft der wissensdürstigen Frau zu: Du hast dich nicht um alles zu kümmern, Sorge erst für den Haushalt.

Und wie ein Frühreif legt sich die Enttäuschung über das erst erwachte und der sorgfältigen Pflege bedürftige Klassenbewußtsein der Frau. Sie rächt sich und versucht nun, auch den Mann von der Bewegung fernzuhalten. Das ist das Bild, das sich heute noch in der proletarischen Bewegung darstellt. Alle diese Handlungen sind der Ausfluß der den Arbeitern noch anhaftenden alten kleinbürgerlichen Anschauungen. Sie bilden eine der schwersten Hemmnisse im Befreiungskampf des Proletariats. Sie sind auch die Ursachen, daß dem größten Teil der Proletariatsjugend zu Hause noch keine sozialistische Erziehung zuteil wird.

Wenn in der sozialdemokratischen Partei diese für eine Klassenbewußte Arbeiterschaft geradezu beschämende Erscheinung nicht zum Verschwinden gebracht werden konnte, so ist dabei die ganze grundsätzliche und taktische Einstellung dieser Partei mit schuld gewesen. Als Wahlpartei hatte sie in erster Linie ein Interesse daran, möglichst viele Männer, stimmungsfähige Männer zu gewinnen. Das anfängliche Widerstreben gegen die Aufnahme von Frauen in die Parteiorganisationen, die vollständige Vernachlässigung der Jugendbewegung sind Ausflüsse dieser grundsätzlichen Stellungnahme der Sozialdemokraten. Und diese Denkweise wirkt auch bei vielen, leider noch allzu vielen Kommunisten nach. Aber wir müssen uns frei machen von allen diesen Schladen einer Vergangenheit, die den Klassenkampf gewissermaßen getrennt hat in

einen solchen der Männer und einen anderen für die Frauen. Ohne die aktive Mitwirkung unserer Frauen, der proletarischen Frauen, ohne ein übereinstimmendes Verständnis für die Notwendigkeit der Revolution, werden wir die schwersten Etappen nicht ohne übergroße Opfer durchkämpfen können. Die Geschichte aller revolutionären Bewegungen zeigt uns, daß die Frauen, wenn sie die Notwendigkeit des Kampfes erkennen, darin die treuesten, hingebendsten und konsequentesten Kampfgefährten sind.

Es wird das auch in der sozialen Revolution nicht anders sein. Nicht allein die russische Revolution zeigt uns bewunderungswürdige Beispiele einer Opferwilligkeit der Frauen. Es liegt im Wesen der Frauen, sich zu opfern für eine Sache, welche sie gerecht, welche sie als notwendig betrachten. An der kommunistischen Partei, an den Genossen liegt es, die Frauen, unsere Frauen von der Notwendigkeit der dem Proletariat bevorstehenden Kämpfe zu überzeugen.

Wie Proletarierinnen zur Prostitution getrieben werden.

Wie weit die Knechtung und Ausbeutung der Arbeiterklasse im „freien republikanischen Deutschland“ gediehen ist und wie die Unternehmter die von der Sozialdemokratie verherrlichte „Arbeitsgemeinschaft“ auffassen, geht aus folgendem Bericht einer Genossin hervor:

Die Schürzenfabrik Rosenberg u. Fischer, Neue Friedrichstraße in Berlin, sucht unter Umgehung des Arbeitsnachweises in einem bürgerlichen Blatte eine jüngere Kontoristin. Es meldete sich eine größere Anzahl Anfängerinnen, wie auch perfekte Kontoristinnen. Die Bewerberinnen wurden nach ihrer bisherigen Tätigkeit gefragt. Waren es ausgebildete Kräfte, so wollte dieser Herr Anfängerinnen haben, waren es Anfängerinnen, dann wollte er perfekte Kräfte haben. Die letzteren verlangten ein Gehalt von 450—800 Mk. monatlich. Der Unternehmer erdreistete sich, ihnen ein Gehalt von 200 Mk. monatlich anzubieten. Da dieses „füßliche Gehalt“ selbst dem Herrn als unzureichend zur Bestreitung der Lebensunterhaltung erschien, legte er das Hauptgewicht auf die „anmutige Gestalt der Bewerberinnen“ und auf körperliche Entwicklung. Anmutige Bewerberinnen durften ihr Anlegen in seinem Privatkontor vorbringen. Die übrigen wurden im Vorraum abgefertigt.

In einem anderen Falle wurden in einem bürgerlichen Blatte Stenotypistinnen von der „Kt.-Ges. „Herold“, Berlin, Leipziger Straße, gesucht. Es meldeten sich etwa 120 Bewerberinnen. Von diesen wurden nur sechs perfekte Kräfte bei einem Gehalt von 300 Mk. monatlich eingestellt. Als Bedingung sollten sie 250 Silben in der Minute schreiben; den übrigen wurde anheimgestellt, als Baderin bei einem Wochenlohn von 96 Mk. die Arbeit aufzunehmen. Einige, von Hunger getrieben, nahmen die Arbeit als Baderin auf.

Warum wird das Brot wiederum teurer?

Eine Unterhaltung

Ort der Handlung: Ein Bäckerladen im Norden.

Personen: Eine Proletarierfrau und ein Bäckergehilfe.

Die Frau: Wieder müssen wir 50 Pf. mehr für das Brot zahlen, weil Ihr zu hohe Löhne verlangt.

Der Bäckergehilfe: Warum glauben Sie ohne Prüfung, was der Meister Ihnen gesagt hat?

Die Frau: Nun, bekommt Ihr nicht 60 Mark mehr die Woche?

Der Bäckergehilfe: Das stimmt schon. Unser Lohn erhöht sich von 255 auf 315 Mark, bleibt aber noch weit unter dem Existenzminimum. Haben wir nicht auch ein Recht auf eine halbwegs anständige Bezahlung?

Die Frau: Also seid Ihr doch schuld an der Preiserhöhung?

Der Bäckergehilfe: Trotzdem nicht. Wenn die ganze Brotpreiserhöhung uns zugute käme, dann müßten wir doppelten Lohn bekommen!

Die Frau: Wieso denn!

Der Bäckergehilfe: Nehmen wir ein Beispiel. In jeder beliebigen Kleinbäckerei, in der nur ein Geselle beschäftigt wird, werden heute im Durchschnitt über 80 Brote gebacken, daneben das Kleingebäck, Brot, Schrippen, das sind die beiden Sachen, die sich verteuern. Der Wochenlohn eines Gesellen betrug 255 Mk., zukünftig nach der Erhöhung des Brotes 315 Mk., also ein Mehr von 60 Mk. Brote werden täglich 80 gebacken, jedes um 50 Pf. teurer, das macht täglich 40 Mk., die Woche 240 Mk. Täglich 900 Schrippen, jede davon einen Pfennig teurer, gibt ein Mehr von täglich 9 Mk., die Woche 54 Mk. Die Einnahme des Meisters vermehrt sich nach der Verteuerung des Brotes um 264 Mk., der Lohn des Gesellen erhöht sich nach der Lohnbewegung um 60 Mk. die Woche, bleibt ein Verdienst von 254 Mk. die Woche allein für den Meister. Es ist geradezu ein Skandal, das sich die Meister noch erlauben, gegenüber dem kausenden Publikum die Schuld an der Lohnerhöhung den Gesellen zur Last zu legen, während die Meister gar nicht die Zeit abwarten konnten bis zur Lohnbewegung der Gesellen, damit sie im Trüben sitzen konnten.

Die Frau: Nun verstehe ich auch, warum Ihr Meister so oft zum Rennen fahren kann. Wenn ich ihn sehe, werde ich ihm Bescheid sagen.

Der Opfermut einer Genossin.

Am Samstag, den 26 März, wurden die beiden Stenotypistinnen auf dem Parteisekretariat in Stuttgart verhaftet und es wurde nach dem Adressenverzeichnis der Ortsgruppenleiter gefahndet. Dieses Adressenverzeichnis war natürlich in Vorausahnung der Dinge schon längst verschwunden und die Adressen waren auf kleine Zettelchen niedergeschrieben, die sich im Besitze der einen Stenotypistin befanden. Die beiden Genossinnen wurden nach der Polizeiwache gebracht. Die Genossin, die die Adressen der Ortsgruppenleiter bei sich führte, war sich nun über das, was folgen würde, klar, nämlich Leibesvisitation. Waren die Adressen der Polizei in die Hände gefallen, dann stand fest, daß die betreffenden Genossen Verfolgungen und Verhaftungen zu erwarten hätten. Die Parteipflicht gebot, die Zettel, auf denen die Adressen verzeichnet waren, verschwinden zu lassen. Es waren etwa 150 Zettel. Was tun? Kurzerhand versuchte die Genossin, einen Zettel nach dem andern zu verzehren. Etwa die Hälfte — 70 bis 75 — würgte sie hinab, dann aber ging es nicht mehr. Kurz entschlossen trat sie an den Wacht habenden heran und wünschte, austreten zu dürfen. Ein Polizeibeamter wurde als Begleitung mitgegeben. Die Genossin betrat das Klosett, der Beamte wollte folgen, aber schon war die Tür zu und von innen verriegelt. Nun wanderten die Adressen in die Grube und ein starker Strom Wasser hinterher. Der Polizeibeamte trommelte an Leibeskräften an der Tür, jedoch es nützte nichts, das Wasser rauschte. Auf den Spezialfel hin erschien der Wacht habende und eine Flut von Beschimpfungen ergossen sich über den Esel von Polizeibeamten, der sich hatte anführen lassen.

Zu langes und zu kurzes Stillen.

Infolge der schlechten Ernährungs- und insbesondere Milchverhältnisse trifft man heute nur allzu häufig Mütter, die ihre Kinder ein Jahr und länger bis zirka zwei Jahre

stillen. Die Mütter glauben ihren Kindern einen besonderen Dienst mit diesem Opfer, das sie auf sich nehmen, zu erweisen. In Wirklichkeit ist dies nicht der Fall. Die Dauer des Stillens könnte bei guter Ernährung der Mutter zwar an und für sich unbegrenzt sein, es ist aber ärztlich nicht ratsam, das Stillen über den 8. bis 9. Monat hinaus fortzusetzen. Das normal gebiehene Kind gibt mit dem 6. bis 8. Monat ungefähr das Verlangen nach anderer Nahrung deutlich zu erkennen und dann wirkt die in dem letzten Lebensvierteljahr gereichte Beifkost günstig auf den Fortbestand seiner gesunden Teile und auf die Entwicklung des Knochenbaues ein. In der Muttermilch ist wenig Eisen und wenige Kohlenhydrate enthalten; der Säugling bringt einen gewissen Eisenvorrat auf die Welt, der aber nach zirka 1/2 bis 3/4 Jahren aufgebraucht sein dürfte, so daß erneute Zufuhr, wie sie in der täglichen Nahrung der Erwachsenen vorhanden ist, nötig wird. Für die Mutter selbst bedeutet die zu lange Stilltätigkeit eine Qual; sie hat Rückenschmerzen, fühlt sich schwach und elend usw. Bei der Vermeidung des zu langen Stillens darf man aber auch nicht in den gegenteiligen Fehler verfallen, zu früh, schon im 3. bis 4. Monat Beifkost zu geben aus Furcht, das Kind könnte nicht genügend Nahrung erhalten. Auch diese Angst ist unbegründet.

Praktische Winke für das Haus.

Felle zu gerben. Ein vorzügliches Mittel, um selbst kleinere Felle zu gerben, ist der Alaun. Nachdem das Fell mit einer Fleischseife nach außen in noch naßem Zustande auf ein Brett gespannt ist, entfernt man durch Schaben mit einem stumpfen Messer alle etwa anhaftenden Fleisch- und Fettreste. Darauf wird das ausgespannte Fell an einem luftigen, jedoch vor Sonne geschützten Ort so weit getrocknet, daß es noch geschmeidig ist und nun mit einer ganz starken Alaunlösung bestrichen. Darauf folgt wiederum das Trocknen und erneute Alaunlösung. Das Verfahren ist so lange fortzusetzen, bis das Leder gar ist. Zum Schluß nach dem letzten Ueberstreichen folgt eine Einreibung mit einer Mischung von Glycerin und Wasser zur Hälfte und abermaliges Trocknenlassen.

Diese demütigte Forderung hat nur den Zweck, aus dem Elend Vorteile zu ziehen.

Soweit der Bericht unserer Genossin. Unter all dem Elend, in das die deutsche Arbeiterklasse geführt ist und täglich tiefer hineingetrieben wird, müssen die proletarischen Frauen am meisten leiden. Die politische Unmündigkeit und das mangelnde Klassenbewusstsein weiter Schichten proletarischer Frauen macht es dem Unternehmer leicht, sie in brutaler Weise auszubeuten. Die Kapitalisten werden in ihrem Vorhaben unterstützt von der Gewerkschaftsbürokratie, die wiederholt erklärt hat, daß es „unvermeidlich“ sei, „Frauenarbeit geringer“ zu bewerten, als Männerarbeit. Diese Sabotage in den Reihen der Arbeiterklasse macht es möglich, daß Unternehmer Frauen Wochenlöhne von 50 oder 96 Mk. bieten, in einer Zeit, wo das Existenzminimum nach amtlichen Feststellungen 250 Mk. beträgt.

In der Schilderung der Genossin tritt vor allem die Doppeltzüngigkeit bourgeoiser Entrüstung über die „ungeheure Zunahme der Prostitution“ ins rechte Licht. Für den Unternehmer ist es eine stillschweigende Voraussetzung, daß die weiblichen Angestellten noch einen „Nebenverdienst“ haben. Denn wie sollte es anders zu deuten sein, daß auf „Anmut und körperliche Entwicklung“ so großes Gewicht gelegt wird. Für den „moralisch“ entrüsteten Bourgeois wird die Prostitution zu einem „notwendigen Uebel“. Schafft sie ihm doch die Möglichkeit einer erhöhten Ausbeutung des weiblichen Proletariats.

Eine Rettung der Frauen aus kapitalistischer Versklavung ist nur möglich, wenn sie aus der Erkenntnis, daß das Wohlleben der Bourgeoisie dem Hunger des Proletariats voraussetzt, den Willen zum Kampfe schöpft, und sich an die Seite der Männer stellen, um im gemeinsamen Befreiungskampfe das kapitalistische Joch abzuschütteln.

Gewerkschaftliches.

Wir und die Gewerkschaften.

Die Märzaktion hat uns gezeigt, daß überall dort, wo wir Kommunisten Einfluß in den Gewerkschaften haben, auch die Arbeiter alle, oder doch der größte Teil geschlossen hinter den Kampfpavillon der KPD standen. Diese Tatsache muß besonders uns in Schlesien eine Lehre sein, aus der wir zu erkennen haben die Notwendigkeit der intensivsten Arbeit in den Gewerkschaften.

Wir Kommunisten gehen nicht in die Gewerkschaften, um sie zu zerstören. Wir wollen zunächst, daß sie wieder werden, was sie in den ersten Jahren ihrer Entstehung waren: Organe des Klassenkampfes. Wir müssen auf die ungeheuren Schäden der Arbeitsgemeinschaft hinweisen.

Die auf der Arbeitsgemeinschaft basierende Taktik der Gewerkschaften warnt vor allen größeren Lohnkämpfen, solange keine bessere Konjunktur der kapitalistischen Wirtschaft zu verzichten ist. Auf Grund dieser Einstellung haben die Kapitalisten ungehindert die Sabotage der Produktion durchführen können. Die kapitalistische Gesellschaft hat das Heer der Arbeitslosen um Hunderttausende vermehren können. Die Gewerkschaften haben rein garnichts unternommen, um dieses Arbeitslosenheer vor der Verelendung, vor dem Hunger zu bewahren. Die Lebenshaltung der noch in Arbeit stehenden ist von Monat zu Monat gesunken. Die Rechte, die sich die Arbeiter durch die Novemberrevolte errungen haben, den Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz, werden unter der Duldung der Gewerkschaftsbürokraten abgebaut. Der Achtstundentag wird trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit abgebaut. Das Recht der Betriebsräte wird durch die Schlichtungsstellen und durch die Einrichtung von Werkspolizeien und durch die Unterordnung unter die Bürokraten illusorisch gemacht.

Die Amsterdamer Internationale ist durch ihre Zugehörigkeit zum internationalen Arbeitsamt in Genuß ein williges Werkzeug der internationalen Bourgeoisie. Der Völkerbund, der mit seinen Millionen dieses internationale Arbeitsamt finanziert, tut dies gewiß nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern damit dieses Arbeitsamt in wirtschaftsfriedlicher Weise auf die Arbeiterorganisationen aller Länder einwirkt.

Diese „wirtschaftsfriedliche Einwirkung“ sehen wir besonders deutlich bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Diese oberste Instanz der Gewerkschaftsbürokratie ist durch seine enge Koalitionierung mit den auf und neben den Ministerstühlen stehenden Sozialdemokraten und Unabhängigen nicht in der Lage, irgendwie ernsthaft gegen die Kapitalisten oder ihren Diener, die Regierung, vorzugehen. Deshalb kämpfte diese Gewerkschaftsbürokratie nicht gegen die Arbeitslosigkeit und die Besserstellung der Arbeitslosen, weil die Regierung sagt, sie kann die Unternehmung nicht zwingen und sie haben kein Geld. Wegen dieser engen Versippung sind sie gegen einheitlich geführte Lohnkämpfe, weil sie der Meinung sind, daß erst der Kapitalismus wieder lebensfähig gemacht werden muß auf Kosten des Proletariats. Sie sind dagegen weil sie wissen, daß, wenn das Proletariat diesen einheitlich, von allen geführten Lohnkampf gewonnen hat, es die Ueberzeugung bekommt, daß die Arbeiter bei ebenso einheitlich geführtem politischem Kampf die gesamte kapitalistische Gesellschaft zum Teufel jagen können.

Und die Gewerkschaftsbürokratie fürchtet nichts mehr als die sozialistische, die kommunistische Gesellschaft; das zur Macht gelangte Proletariat. Das hat sich besonders kraft gezeigt bei den vergangenen Märzkämpfen. Mit allen Mitteln hat der ADGB, haben die Gewerkschaftsvorstände und die Kartelle, in denen wir wenig oder keinen Einfluß haben, gegen diese Aktion gewühlt; haben die kämpfenden Arbeiter an die Regierung verraten.

Dies muß und wird anders werden. Die Kapitalisten werden auch nach ihrem „Sieg“ über die Märzkämpfe kein Kraut finden, das ihren Untergang aufhält. Die passive Resistenz der Bourgeoisie gegen die Forderungen der Entente wird die Not des Proletariats vermehren. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokraten an den Märzkämpfen wird weiteren Arbeitermassen die Augen öffnen. Die Erfüllung der Sanktionen, die nur geschehen kann, wenn das Proletariat mit um 50 Prozent herabgesetzten Löhnen 11—12 Stunden pro Tag arbeitet, wird und muß dem letzten Arbeiter die gemeine und feige Taktik der Gewerkschaften klar machen.

Dies kann aber je eher und gründlicher geschehen, je mehr und intensiver wir Kommunisten in den Gewerkschaften die Masse jenen Leuten herunterreißen. Wir dürfen uns aber nicht nur mit Kritik begnügen, sondern wir müssen bei jedem einzelnen Falle von Streitigkeiten oder Lohnkämpfen unsere praktischen Vorschläge machen.

Es ist unsere Aufgabe besonders in Schlesien, daß wir in die Hochburgen der SPD. Streiks schlagen. Ueberall müssen wir unseren Kampf führen. Wir müssen bei den Bergarbeitern im Balzenerberg u. a. Revieren auf die Schäden des Ueberwachungsabkommens, und auf ihre im Vergleich zum Ruhrgebiet schlechte Entlohnung hinweisen, und ihnen in dem jetzt zum Austrag kommenden Kampf während vorangehen. Wir müssen unter den Zettlarbeitern vom Cullengebirge und anderwärts den von den Sozialdemokraten und Bürokraten angeführten Rebellenheer der „Reber“ wieder wecken und ihn in das Jagdgebiet des Klassenkampfes führen. Wir müssen besonders in der Leguminarrie auf die Schäden, die die Zusammenarbeit dem Volkseigenen schadet, hinweisen. Wir müssen für die Frauen gleiche Bezahlung und kürzere Arbeitszeiten verlangen.

Wir müssen in den Bergbauarbeiten der Metallarbeiter besonders das Verhältnis der Breslauer Ortsverwaltung mit dem Stahl- und Eisenwerkungen und getrieben. Auf Grund dieser Vereinbarung werden den Arbeitern, die durch ihre Untertänigkeit dem Unternehmen angeschlossen sind,

Lohnabzüge gemacht, wenn festgestellt ist, daß das Fleisch oder die Butter, kurz, wenn die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um ein geringes billiger geworden sind. Die Gewerkschaftsbürokraten vergessen, daß der Reallohn während und nach dem Kriege derart gesunken ist, daß selbst durch eine 50%ige Preiserhöhung noch nicht erreicht ist, was der Vorkriegsstandort. Wenn durch geringfügige Preiserhöhung der Arbeiter sich etwas mehr kaufen kann, so braucht er das notwendig, um seine herabgekommene Wirtschaft, seine Kleider und Schuhe nur notdürftig wieder etwas in Stand zu setzen. Wir sind der Ueberzeugung, daß sich die Gewerkschaftsangehörigen einer Regelung ihres Gehaltes durch das Lohnamt entschieden widersetzen würden, obwohl die sich's eher leisten könnten.

So müssen wir im Baugewerbe, in den Glas- und Hüttenwerken und auch besonders bei den Heimarbeitern versuchen, mit unseren klaren kommunistischen Parolen festes Land zu gewinnen. Wir müssen also verlangen, daß alle lokal geführten Lohnkämpfe immer mehr zentralisiert werden und zusammengelegt werden zu einheitlichen für alle Industrien über ganz Deutschland. Wir müssen die Gewerkschaften zwingen, ernsthaft zu kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit. Wir müssen kämpfen gegen die Arbeitsgemeinschaft, für den revolutionären Klassenkampf. Wir müssen, indem wir hinweisen auf die Koalition des ADGB mit der Regierung, und der Amsterdamer Internationale mit dem internationalen Arbeitsamt (Völkerbund), kämpfen gegen jede Koalition mit irgend einer reaktionären, bourgeoisen Institution.

Wir müssen in den Gewerkschaften, in den Betrieben propagieren den Gedanken des Zusammenschlusses aller revolutionären Arbeiter der Welt in einer Organisation, die frei ist von dem Einfluß der Kapitalisten, die frei ist von dem Einfluß der verräterischen und feigen Gewerkschaftsbürokratie.

Wir müssen kämpfen für den Zusammenschluß im internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände, in der roten Gewerkschaftsinternationale.

Der „Zerfall“ der DKPD!

In halber Gemeinschaft mit den Orgeschabanden jubelt die Scheidemänner und Hilferdinge über die Niederlage des Proletariats, über den Zerfall der DKPD, über das Wüten des weißen Schreckens, über wachsendes Vertrauen zu den Renegaten und die Flügellente der Konterrevolutionären Front. Der Jubel wird bald verrauschen. Die Verwirrung im Proletariat beginnt schon jetzt einer Klärung Platz zu machen. Ein charakteristischer Beweis dafür liegt aus Düsseldorf vor. Dort fanden jetzt im Betriebe der „Rein- Metallwerke“ die Betriebsratswahlen statt. In diesem Betriebe herrschen Christliche, Gelbe und Scheidemannsozialisten. Dort einzudringen schien bisher für uns fast unmöglich zu sein. Und nun das Ergebnis als Beweis für den Zerfall der DKPD, der Absage an den Kommunismus und an die Revolution: Es wurden gewählt 5 Christen, 8 Kommunisten und 11 Freigewerkschafter. Dieses Resultat übertrifft die kühnsten Erwartungen. Noch kurze Zeit und die angebliche Flucht aus der DKPD wandelt sich zu einem Massenstrom zur revolutionären Partei. Die Scheidemänner und Hilferdinge erschauern sich eines Scheiterns. Sie mögen zittern vor neuen Schlachten; das Schicksal schreitet schnell!

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei stimmt der Zentrale der DKPD. zu.

Der Parteivorstand der KP. der Tschechoslowakei hat in seiner Sitzung vom 18. und 19. d. Mts. zu den Ereignissen in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands Stellung genommen. Der Parteivorstand erklärt:

„Der Parteivorstand spricht der Zentrale der DKPD. seine volle Zustimmung zu der Haltung in den Kämpfen des revolutionären Proletariats Mitteldeutschlands aus und versichert das revolutionäre Proletariat Deutschlands der Sympathie und der Solidarität der in der kommunistischen Partei vereinigten deutschen Proletarier der Tschechoslowakei. Mit umso größerer Empörung erfüllt uns das Auftreten des früheren Vorsitzenden der DKPD., Dr. Levi, der in einer kritischen Lage der Partei und der ganzen Bewegung in den Rücken gefallen ist. Das Auftreten Levis hat mit der Diskussionsfreiheit und dem Recht auf die Kritik innerhalb der Partei nichts zu tun, denn die Broschüre Dr. Levis geht in der ganzen Schreibart weit über das zulässige Maß der Kritik hinaus und zeigt an einigen Stellen, daß der Verfasser nicht die Eigenschaften hat, die von einem Führer der kommunistischen Partei verlangt werden müssen. In dem Empfinden, daß es sich hier nicht um eine deutsche Angelegenheit handelt, sondern um eine Frage, welche alle kommunistischen Parteien angeht und um eine Situation, in welche im Laufe der revolutionären Entwicklung jede kommunistische Partei kommen kann, billigt der Parteivorstand den Ausschluß Levis aus der DKPD.“

Die Redakteure der Wiener „Roten Fahne“ solidarisch mit Paul Levi. In der Nummer vom 20. April der österreichischen „Roten Fahne“ teilt der Parteivorstand der österreichischen kommunistischen Partei mit, daß der Chefredakteur der „Roten Fahne“ eine Erklärung in der Parteivorstandssitzung abgegeben hat, worin er sich gegen den Beschluß des österreichischen Parteivorstandes ausgesprochen und gestimmt hat. Am Montag wurde eine neuerliche Debatte im Parteivorstand darüber geführt. Genosse Straffer hat auf seinem Standpunkt beharrt und um seine Demission erjucht. Er ist vom Parteivorstand von seinem Posten als Chefredakteur beurlaubt.

Es geht auch Dich an, Genossin!

Während das Gros der Arbeiter sich gezwungen sieht, auf der ganzen Linie zu rücken gegen den brutalen Uebermut seiner Feinde, zu einem verzweiflungsvollen Ringen um Sein oder Nichtsein, — zu einem gigantischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, während dieser selben Zeit ist die Vorhut des deutschen Proletariats nach ehrenvollem Ringen dem staatlich organisierten Machtapparat eines Hörsing in Mitteldeutschland und anderwärts unterlegen. Die Besten und Entschlossensten opferten sich für ihre Klasse. Viele von ihnen deckt der lächerliche Kasten; Tausende sitzen im Gefängnis, als Opfer republikanischer Klassenjustiz; flüchtig durchreifen Bersehmte das Land. Groß ist die Zahl verlassener Frauen und Kinder.

Die ersten im Streit, Helden im Leid.

Nicht um das Mitleid der augenblicklich Sieger gebliebenen leben sie; nein! Hoffnungsvoll richten sich ihre Augen auf euch, Schwwestern und Brüder! Ihr müßt und werdet in Zukunft ihre und eure Ketten sprengen.

Vorwärts aber lindert die augenblickliche Not. Geh! und helf! wo ihr könnt!

Sammelt für die Familien der revolutionären Opfer. Heilt Wunden aus dieser Schlacht, daß neue Kämpfer werden.

Eine „rote Hilfe“ hat sich gebildet zur Organisation der Hilfsaktion.

An jedem Orte unseres Bezirkes sei die Parole: Solidarität mit unseren leidenden Genossinnen und Genossen.

Laßt keine Veranstaltung vorübergehen, ohne für diesen Zweck zu werden.

Organisiert überall die Sammlung von Nahrungsmitteln, Brotkrumen und Kleidungsstücken.

Genossinnen und Genossen: Zeigt auch der Vorhut würdige

Zur Konstitution des unehelichen Kindes.

Der Hochschuler Professor Ketter hat an den Nachlasser unehelichen Kindern Untersuchungen angestellt, die zu folgenden Ergebnissen führten: 1. Während in den Körperlängenverhältnissen der neugeborenen ehelichen und unehelichen Kinder keine charakteristischen Unterschiede bestehen, ist eine Differenz bezüglich der Körpergewichte unlesbar, fast durchweg sind trotz gleicher Länge die unehelichen Kinder leichter. 2. Bei der Gegenüberstellung von unehelichen und ehelichen Neugeborenen vollstündiger, nicht vollstündiger und gar nicht stillender Mütter zeigt sich bei den beiden erstgenannten Gruppen die gleiche Erscheinung der geringeren Schwere etwa gleichgroßer unehelicher Kinder. Bei Kindern gar nicht stillender Mütter herrscht keine Uebereinstimmung in den einzelnen Jahren; inwiefern hierfür Ähnlichkeit der Zahlen oder Quellen des Materials oder sachliche Gründe verantwortlich zu machen sind, ließ sich nicht feststellen. 3. Befolgt man die Längsverhältnisse der ehelichen und unehelichen Kinder in den ersten acht Wochen, so tritt eine Kinderwertigkeit der unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen Kindern sehr ausgeprochen und einwandfrei hervor. Die Entwicklung des unehelichen Kindes in den ersten acht Lebenswochen ist trotz guter Pflege deutlich verlangsamter gegenüber der normalen Entwicklung ehelicher Kinder. 4. Es erscheint auf Grund dieser Ergebnisse wohl berechtigt, im allgemeinen von einer angeborenen geringeren körperlichen Fertigkeit der unehelichen Kinder zu sprechen, was aber nicht ausschließt, daß auch unter diesen Kindern gut entwickelte, vollwertige Individuen vorhanden sind. Praktisch dürfte sich aus diesem Ergebnis folgern lassen, daß die Fürsorge für die unehelichen Kinder nicht erst nach der Geburt einzusetzen hat, sondern daß, wie es bereits in Norwegen geschieht, schon mehrere Monate vor der Geburt Maßnahmen zu treffen sind, die eine gute und ungehinderte Entwicklung des werdenden Kindes gewährleisten!